

Nepal im Überblick

zusammengestellt von Matthäus Rest

Politisches Nachbeben: Voraussichtlich Einigung im Streit um Verfassung

Anfang Juni 2015 haben die vier größten Parteien ein kurzes Papier vorgestellt, auf dessen Grundlage die lange verspätete neue Verfassung in den nächsten Wochen verabschiedet werden soll. Die Einigung kann als direkte Reaktion auf die verheerenden Erdbeben gesehen werden, in deren Folge sich die Regierung und die großen politischen Parteien durch Inkompetenz und Klientelismus in eine sehr schwache Position manövriert hatten. Gleichzeitig hat die Katastrophe paradoxerweise das Establishment in Kathmandu gestärkt, da in Anbetracht der Erdbeben momentan kein Potenzial für politische Agitation vorhanden ist. Das und die Angst vor einem weiteren Erstarken traditionalistischer Kräfte haben die Maoisten und das *Madhesi* Forum veranlasst, einen Kompromiss mit den Regierungsparteien zu suchen. Darüber hinaus stellt die Einigung die beste Voraussetzung für die beiden größten Oppositionsparteien dar, in eine vorgeschlagene „Regierung der nationalen Einheit“ einzutreten. Die Vereinbarung stellt einen Meilenstein im Friedensprozess dar, bleibt aber in zwei der zentralen Streitpunkte sehr wagemutig: Es wird acht Bundesländer geben, ihre Grenzen sollen aber von einer Regierungskommission in den nächsten Monaten festgelegt werden. Auch die Namen der Länder bleiben offen und sollen von den zu gründenden Landesparlamenten bestimmt werden. Auch in der Frage der lange überfälligen Lokalwahlen auf Gemeindeebene bleibt die Übereinkunft unbestimmt und spricht sich lediglich für einen baldigen Wahltermin aus. Konkretere Ansagen gibt es in den Bereichen Wahlordnung, Regierungsform und Justiz: Nepal soll ein Zweikammerparlament bekommen. Das Unterhaus wird 275 Sitze aufweisen, von denen 60 Prozent (165) nach Mehrheitswahlrecht und 40 Prozent (110) nach Verhältniswahlrecht vergeben werden. Im Oberhaus wird es 45 Sitze geben; 40 sollen in den Ländern gewählt werden, die restlichen fünf Sitze werden direkt von der Regierung vergeben. Diese wird von einem Premierminister geführt, der über eine klare Mehrheit im Unterhaus verfügt. Eine Nationalversammlung bestehend aus Parlament und Regionalparlamenten, wird einen zeremoniellen Präsidenten wählen. Trotz ihrer Zustimmung zum gesamten 16-Punkte-Programm ließen die Maoisten umgehend wissen, dass sie nach wie vor an ihrer Forderung nach einem starken, direkt gewählten Präsidenten festhalten. Darüber hinaus ver-

spricht das Papier eine unabhängige Justiz mit einem Obersten Gerichtshof als Berufungsgericht. Innerhalb von zehn Jahren soll ein Verfassungsgerichtshof geschaffen werden, um Streitfälle in der neuen föderalen Architektur zu schlichten. Die Reaktionen auf das Übereinkommen sind vielfach negativ. Aus den kleineren Oppositionsparteien, den Medien und der Zivilgesellschaft wird den Großparteien vorgeworfen, das Erdbeben zum eigenen Machterhalt zu missbrauchen. Vor allem die Einigung auf acht unklare Bundesländer und die Auslagerung der Grenzziehung an eine Kommission von Technokraten betrachten viele Beobachter als Eingeständnis der Parteien, dass sie nicht fähig sind, ein fundamental politisches Problem durch einen politischen Aushandlungsprozess zu lösen.

Die Wasserkraft-Kontroverse geht weiter

Eine Gruppe von Anrainern hat beim Obersten Gericht eine Beschwerde gegen das im Herbst unterzeichnete *Project Development Agreement* für das Upper Karnali Wasserkraftwerk eingereicht. Der *Public-Private-Partnership*-Vertrag erlaubt dem indischen Großkonzern GMR, einen Staudamm am Karnali zu errichten und für 30 Jahre zu betreiben, bevor dieser in den Besitz der nepalischen Regierung übergeht. Nach Angaben der Vertragsparteien soll ein Großteil der dabei produzierten Elektrizität nach Indien exportiert werden, die genauen Bedingungen sind jedoch unklar, da sich die zuständige Behörde weigert, den Vertrag zu veröffentlichen. Die Beschwerdeführer argumentieren, dass der Vertrag im Widerspruch zu der Interimsverfassung stehe, die eine parlamentarische Bestätigung für alle internationalen Verträge vorsieht, die Rohstoffe betreffen.

Ende der täglichen Stromausfälle durch Erdbeben in weite Ferne gerückt

Die Umsetzung des Regierungsplans, wonach Stromausfälle in drei Jahren der Vergangenheit angehören sollen, ist durch die Schäden im Zusammenhang mit den Erdbeben sehr unwahrscheinlich geworden. Die Regierung hatte bis 2018 mit etwa 1200 Megawatt installierter Leistung zusätzlich gerechnet. Viele dieser im Bau befindlichen Kraftwerke liegen in den von den Erdbeben am schwersten betroffenen Gebieten und die Bauarbeiten wurden in den meisten Fällen bisher nicht wiederaufgenommen. Gleichzeitig gab die *Nepal*

Electricity Authority (NEA) bekannt, dass keines ihrer fünf Bauprojekte ernsthafte Schäden erlitten hätte. Experten rechnen mit etwa einjährigen Verzögerungen. Unterdessen ist ein Großteil der bestehenden Kraftwerke wieder am Netz. Die NEA wird in den kommenden Wintern weiterhin auf massive Stromimporte aus Indien setzen müssen. Die für einen reibungsloseren grenzüberschreitenden Stromverkehr zentrale neue 400-Kilovolt-Leitung von Dhalkebar nach Muzaffarpur soll 2016 in Betrieb gehen.

Surya Bahadur Thapa ist tot

Mitte April 2015 starb Surya Bahadur Thapa 87-jährig in einem Krankenhaus in Indien. Er war fünfmal Premierminister (das erste Mal 1963–64, das letzte Mal 2003–04) unter drei verschiedenen Königen. Mit ihm verliert das Land einen der einflussreichsten und wandlungsfähigsten Politiker seiner Generation. Seine Karriere war gekennzeichnet von einem außergewöhnlichen Instinkt dafür, seine Position durch wechselnde Allianzen zu sichern, sein Machtbewusstsein und seine Netzwerke waren sprichwörtlich. Thapa begann seine politischen Aktivitäten im Widerstand gegen die Ranas in den 1950ern, schlug sich in den 1960ern auf die Seite des Königs, stellte sich in den frühen 1970ern dann öffentlich gegen ihn. Später wusste er genau, wann es klug war, sich zum Panchayat-System zu bekennen und wann dessen Zeit abgelaufen war. Auch nach der demokratischen Wende blieb er flexibel: 2003 ließ er sich von König Gyanendra ein letztes Mal auf den Premierminister-Posten hieven, nachdem dieser das Parlament aufgelöst hatte. 2005 hingegen, als der König direkt die Macht übernahm, blieb er auf Distanz. Darüber hinaus war Thapa über Jahrzehnte hinweg in Nepal der Politiker, dem die indische Diplomatie am meisten vertraute. Für einen ausführlichen Nachruf von Prashant Jha (auf Englisch) siehe: <http://setopati.net/politics/6236/>

Zwei Festnahmen im Zusammenhang mit Säureattacken auf Frauen in Kathmandu

Nachdem im Februar 2015 ein Säureattentat auf zwei Frauen zu weltweitem Aufsehen und einer Protestwelle in Kathmandu geführt hatte, kam es Ende März zu zwei Festnahmen. Neben dem mutmaßlichen Täter im erwähnten Fall gab die Polizei bekannt, einen zweiten jungen Mann in Zusammenhang mit einer weiteren Attacke verhaftet zu haben, die sich bereits im Januar 2015 zugetragen hat. In einem Interview erklärt einer der Täter die Hintergründe seiner Tat. Nicht so sehr die Zurückweisung seiner romantischen Avancen

durch eine der Frauen sei die Ursache gewesen, sondern das Mobbing, das ihre gesamte Familie auf ihn ausgeübt habe, als bekannt wurde, dass sein Familienname Bishwakarma ist – eine Handwerker-Kaste, deren Mitglieder als unberührbar gelten und nach wie vor mit vielfältiger Diskriminierung zu kämpfen haben.

Israel: Neugeborene und schwangere Leihmütter aus Kathmandu evakuiert

In Israel löste das Erdbeben am Himalaja eine Diskussion über Leihmutterschaft und die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare aus. Grund dafür war die Evakuierung von 26 Neugeborenen israelischer Eltern, die von indischen Leihmüttern in Nepal zur Welt gebracht worden sind. Während die biologischen Mütter in Kathmandu zurückgelassen wurden, kündigte der israelische Generalstaatsanwalt an, hochschwangeren Leihmüttern die Einreise nach Israel zu Geburtszwecken zu ermöglichen. Aufgrund einer gesetzlichen Bestimmung, wonach Leihmutterschaft in Israel nur für heterosexuelle, verheiratete Paare möglich ist, sind gleichgeschlechtliche Paare seit Jahren nach Indien ausgewichen. Nachdem allerdings das indische Oberste Gericht vor kurzem ein ähnliches Verbot ausgesprochen hat, haben die Leihmutterschaftsagenturen von der offenen Grenze zu Nepal Gebrauch gemacht und die indischen Leihmütter dorthin gebracht – in Nepal ist Leihmutterschaft erlaubt, solange die Leihmutter Ausländerin ist.

Zwei Abstürze, ein abgedecktes Haus und eine Einreiseverweigerung

In Folge der massiven Erdbeben kam es im Mai und Juni 2015 zu diversen Vorkommnissen mit Hubschraubern. Binnen weniger Tage verlegte das US-Militär eine Reihe von Maschinen nach Kathmandu. Als einer dieser Helikopter bei einer Landung in Charikot (Dolakha) ein Hausdach abdeckte, reagierten die Einheimischen verärgert und blockierten den Hubschrauberlandeplatz mit Motorrädern. Wenige Tage später stürzte ein anderer US-Hubschrauber aus bisher ungeklärter Ursache am Kalinchock unweit Charikot ab. Dabei kamen 13 Menschen ums Leben. Drei britische Großraum-Helikopter kamen nicht weiter als bis nach Chandigarh (Indien), weil die nepalische Regierung die Ausstellung von Einreisepapieren verweigerte. Die offizielle Erklärung: Es seien bereits genügend Hubschrauber im Land. Hinter vorgehaltener Hand wurde vermutet, die chinesische Führung hätte ihren Einfluss geltend gemacht. Anfang Juni kam es dann zu einem weiteren Hubschrauberabsturz mit mindestens vier Toten in Sindhupalchowk.